DIE ARBEIT

ORGAN DER EINHEITSGEWERKSCHAFTEN DER ARBEITER, ANGESTELLTEN UND BEAMTEN

4. Jahrgang | Saarbrücken, 20. Mai 1950 | Nr. 10

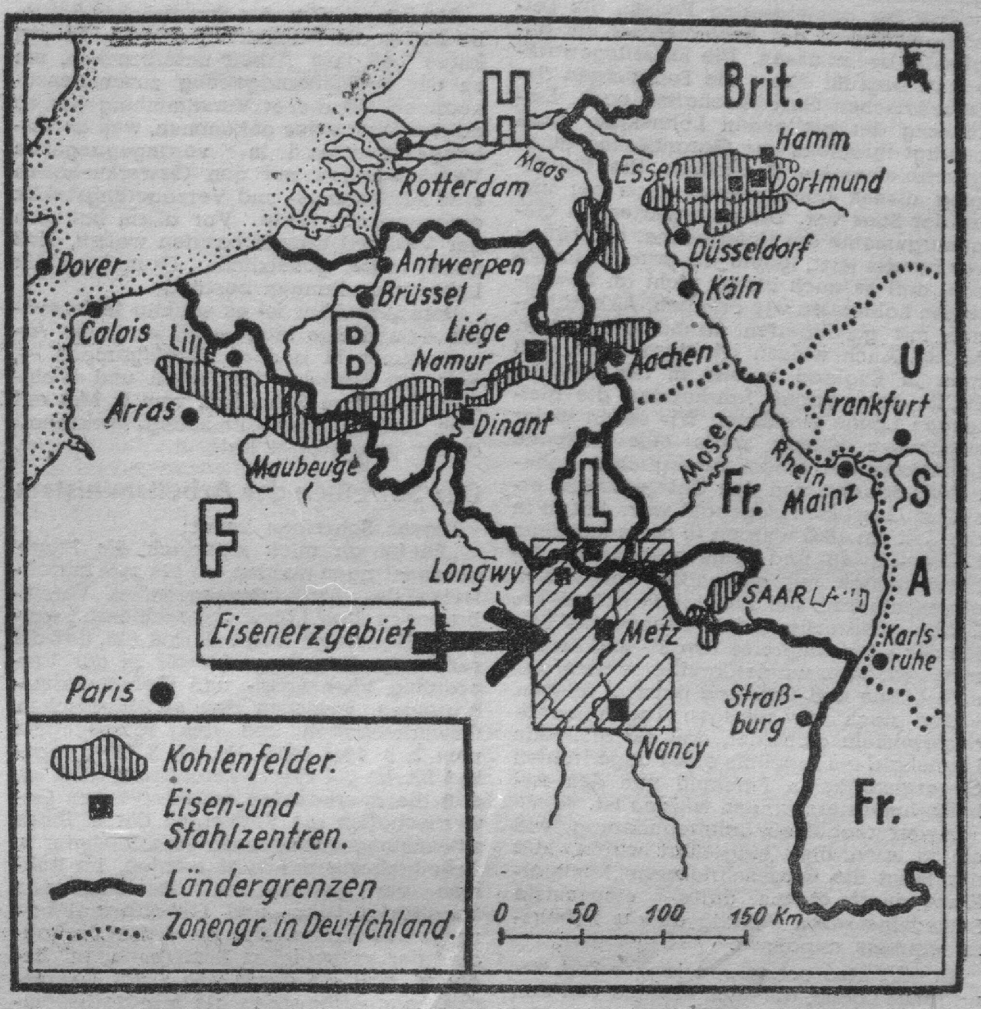
Industrie-Union und Arbeitnehmer

Der Schumanplan hat begreiflicherweise in Gewerkschaftskreisen sofort große Aufmerksamkeit hervorgerufen. Mit der Aufmerksamkeit allein hat es aber nicht sein Bewenden. Auf den Start des Planes folgt die Stellungnahme und Einflußnahme. Manche Initiativen der europäischen Gewerkschaften seit Kriegsende wiesen übrigens in dieselbe Richtung, in die der Schumanplan zeigt, soweit nicht versucht wird, ihn zu einseitigen großindustriellen Zielsetzungen umzudeuten.

Wie weit die Gewerkschaften eine Stärkung des gesamteuropäischen Industriepotentials durch Zusammenschlüsse begrüßen, hängt von der Durchführung der Pläne ab. Es kommt darauf an, daß mit einer engeren Zusammenarbeit eine wirtschaftliche und soziale Besserstellung der Arbeitnehmer einhergeht.

Richten wir einen Blick auf die Kapazität von Kohle und Stahl der in Frage kommenden Industriegruppen.

Kohle:		
Frankreich und Saar	gegenwärtig pro Jahr	67 000 000 to
	mögl. Höchstleistung	73 000 000 to
Deutschland	gegenwärtig	117 000 000 to
	mögl. Höchstleistung	163 000 000 to
Stahl:		
Frankreich und Saar	gegenwärtig	10 900 000 to
	künftig	14 000 000 to
Deutschland	gegenwärtig	9 500 000 to
	später, eventuell nach Aufhebung der für die Bundesrepublik noch geltenden Beschränkungen	14 000 000 to



Graphische Darstellung zu dem Industrie-Union-Plan.

Die Darstellung gibt einen genauen Aufschluß über die Kohlenfelder und Erzgruben im französischen, saarländischen und westdeutschen Raum. Diese reichen Bodenschätze sind bekanntlich Gegenstand des Schumanschen Vorschlages einer Industrieunion. (Zahlen über die Kapazität der einzelnen Industrien der betreffenden Gebiete und Erläuterungen des Planes enthält nebenstehender Artikel.)

Fortschrittliche Arbeitnehmerkreise haben längst erkannt, daß auf die Dauer gesehen die Einzelglieder Europas sich nur gesund entwickeln können, wenn alle Glieder, vor allem die Hauptglieder gesund sind und bleiben. Dabei kann es sich keineswegs darum handeln, daß eine Angleichung der Lohn- und Sozialverhältnisse zwischen den verschiedenen Ländern nach unten erfolgt, sondern sie muß sich nach oben entwickeln.

Die Gewerkschaften begrüßen die neue Lage umso mehr, wenn sich herausstellt, daß tatsächlich ein Versuch gemacht wird, eine wirtschaftliche Großraumpolitik auf friedliche Weise durchzuführen. Man erinnert sich hierbei unwillkürlich an Ambitionen in der Vergangenheit, in der mit ungeheurem Einsatz und gewaltigen Verlusten wirtschaftliche Großräume mit Waffengewalt geschmiedet werden sollten.

Die Gewerkschaften werden bei den weiteren Beratungen und schließlich, wenn es zur Bildung einer Industrieunion kommt, auch in der betreffenden Körperschaft nicht nur beratend, sondern mitbestimmend beteiligt sein müssen.

Das leuchtet ohne weiteres ein, wenn man die Aufgaben betrachtet, die einer solchen Körperschaft zufallen müßten: Lenkung der Produktion, Investitionen, Absatzplanung und Ausgleich der sozialen Verhältnisse.

Der Plan ist aber nicht nur unter wirtschaftlichen Gesichtswinkeln zu beurteilen, sondern seine politische und geistige Auswirkung auf die Zusammenarbeit der Völker kann von weittragender Bedeutung sein. Die bisherigen Bemühungen um eine feste Grundlage für einen dauerhaften Frieden zwischen Deutschland und Frankreich können hier eine starke Fundamentierung erfahren.

Für die Arbeitnehmer ist es auch von besonderer Anziehungskraft, daß man in den Diskussionen d. Planes von einer Stärkung des Friedens spricht und selbst die Aufgabe von gewissen staatlichen Souveränitätsrechten ernsthaft zu erörtern scheint und an eine Ausdehnung auf andere Länder denkt.

Ueberblickt man die vielen positiven Gesichtspunkte, so wird man allerdings auch nicht die Schwierigkeiten, Schattenseiten, Risiken und Befürchtungen übersehen. Sie drängen sich vor allem im wirtschaftlichen Bereich auf. Da stellt sich die Frage, welche Branchen bzw. Betriebe bei einer umfassenden Neuregelung nicht mehr über ihre bisherige Existenzgrundlage verfügen. Es stellt sich weiter die Frage, welche Opfer auf dem Wege zur notwendigen Spezialisierung gewisser Industrien zu bringen sind. Es stellt sich die Frage nach den Währungen und Kapitalen und vor allem die nach der Vollbeschäftigung. Und viele andere Fragen tauchen auf. Aber wenn man weiter in die Zukunft schaut, so stellt sich vor allem die Frage: Sind die Vorteile des Planes nicht größer als die Nachteile?

Die Diskussionen gehen weiter. Von Gewerkschaftsseite aus wird alles geschehen, um auf der gegebenen Plattform energisch, erfolgreich und dringlich die mit der Planung eng verknüpften Interessen der Saararbeitnehmerschaft zur Geltung zu bringen. Vorschläge von anderer Seite, Zumutungen und das Verlangen nach Konzessionen, die die Arbeitnehmer betreffen, werden ihre entsprechende Prüfung und demgemäße Entscheidung erfahren. Der Standpunkt der Einheitsgewerkschaft wird noch im einzelnen seine weitere Darstellung und Begründung finden.

C. S.

An die Mitglieder des I.V. Bergbau der E. G.

DER VERBANDSVORSTAND

BETONT, daß der Industrieverband Bergbau, als Glied der Einheitsgewerkschaft, keine Fortsetzung früherer gewerkschaftlicher Organisationen ist. Unter Berücksichtigung wichtiger Erfahrungen und Lehren der Vergangenheit stellt er nach Form und Inhalt Neues dar.

In der Form.

durch die Zusammenfassung aller früheren gewerkschaftlichen Richtungen in Industrieverbänden.

Dem Inhalt nach

durch eine Konzentrierung aller Kräfte, um die so notwendigen gewaltigen gewerkschaftlichen Aufgaben erfüllen zu können. Die erste Voraussetzung dazu ist die strikte Einhaltung der parteipolitischen Neutralität.

DER VERBANDSVORSTAND

STELLT FEST, daß die diesjährige 1. Mai-Demonstration in Saarbrücken durch parteipolitische Gruppen mißbraucht wurde. Die Handlungsweise stellt eine grobe Verletzung der parteipolitischen Neutralität der Einheitsgewerkschaft dar. Durch diesen parteipolitischen Mißbrauch wurde der imposante, gewaltige und vielversprechende Aufmarsch der saarländischen Werktätigen in Saarbrücken in seiner Auswirkung geschwächt, zur Freude der saarländischen Reaktion.

DER VERBANDSVORSTAND

ERKLÄRT seinen Abscheu vor diesem parteipolitischen Mißbrauch der Saarbrücker Maidemonstration zum Vorteil der Feinde der Arbeiterklasse. Desungeachtet erklären wir unser tiefes, unerschütterliches Vertrauen in die Zukunft der Gewerkschaftseinheit, in Aktivität gegen die Zerstörer der Gewerkschaftseinheit.

DER VERBANDSVORSTAND

BESCHLIESST daher den sofortigen Ausschluß der Mitglieder:

Fritz Nicolay, Dudweiler,
Baptist Warken, Ludweiler,
nach § 2 des Verbandsstatuts wegen Zuwiderhandlung gegen die Grundsätze der parteipolitischen Neutralität.

DER VERBANDSVORSTAND

FORDERT jedes Mitglied auf zur Verteidigung der Gewerkschaftseinheit. Die Erfahrungen am 1. Mai in Saarbrücken haben gezeigt, daß diese parteipolitischen, gewerkschaftszerstörenden Kräfte in ihrem gewerkschaftlichen Bewußtsein sich noch nicht weiterentwickelt, sich von der parteipolitischen Engstirnigkeit noch nicht befreit haben! Kämpft für den Erhalt der Einheitsgewerkschaft als freie Gewerkschaftsbewegung, kämpft gegen jede auf ihre Zerstörung gerichtete Kampagne, sowie gegen die Infiltrierung antigewerkschaftlicher Kräfte innerhalb der Einheitsgewerkschaft!

Es lebe die Gewerkschaftseinheit!
Gegen die Gewerkschaftszerstörer!

Das saarländische Lohnsystem

Von H. LAWAL.

Es ist im Saarland eine dringende Notwendigkeit, die Neuordnung des Lohngefüges entsrechend den neuen wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen durchzuführen. Diese Neuordnung ist um so zwingender, weil trotz der verantwortungsvollen Haltung der Einheitsgewerkschaft die Beseitigung der großen Spanne zwischen Preisen und Löhnen nicht gelungen ist. Das Verantwortungsbewußtsein der Einheitsgewerkschaft ist nicht auf die entsprechende Haltung bei der Gegenseite gestoßen.

Bestimmt wurde der Kampf der saarländischen Gewerkschaften um eine vernünftige Lohn-Preisordnung mit Senkung der Preise vornehmlich durch die Tatsache, daß wir in unserem kleinen Lande nahezu 200 000 Versorgungsberechtigte haben, die mit ihren Angehörigen sozial unterstützt werden müssen und für die Lohnerhöhungen keine Aenderung der menschenwürigen Existenz bringen. Da aber bei einem Lohneinkommen, das am Reallohn gemessen im Durchschnitt 30 Prozent unter dem Stand von 1938 liegt, die Produktion annähernd an die Vorkriegsproduktion heranreicht, ist anzunehmen, daß die Unternehmergewinne mindestens um den gleichen Betrag, also um 30 Prozent über den Stand von 1938 liegen.

Es gibt keinesfalls, wie dies immer von Unternehmerseite betont wird, eine einheitliche Produktionsminderung. Im Gegenteil, eine erhebliche Zahl der saarländischen Industriebetriebe liegt in ihren Produktionsergebnissen auf, wenn nicht über den Stand von 1938. Dort, wo der Leistungsstand von 1938 noch nicht erreicht ist, liegt dies weniger an der Minderleistung der Arbeitskraft, als an anderen Produktionsbehinderungen der Betriebe. Die Forderung der Einheitsgewerkschaft nach einer Neuerung des Lohngefüges ist daher nur zu begründet. Nun ist es eine Tatsache, daß die Unternehmer allen Aenderungen des Lohnsystems ablehnend gegenüberstehen. Sie wenden vor allem ein, daß für sie auf längere Zeit festgelegte Lohnsätze die unentbehrliche Voraussetzung jeder Kalkulation des Warenpreises, jeder Wettbewerbsmöglichkeit mit inländischen und vor allem mit ausländischen Firmen, ja jedes soliden Geschäftes sind. Dieser Einwand, der scheinbar sehr wichtig ist, traf schon vor dem Kriege nicht zu und hat auch jetzt jeg-